

Bericht*

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Wolfgang Neskovic, Dr. Diether Dehm,
Alexander Ulrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/13928 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)

Bericht der Abgeordneten Michael Stübgen, Michael Roth (Heringen), Markus Löning,
Dr. Diether Dehm und Rainer Steenblock

I. Überweisung

Der Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/13928** in seiner 232. Sitzung am 26. August 2009 beraten und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung** hat im Wege der schriftlichen Abstimmung nach § 72 der Geschäftsordnung empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 95. Sitzung am 2. September 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat am 1. September 2009 im Wege der schriftlichen Abstimmung nach § 72 der Geschäftsordnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 149. Sitzung am 26. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 vorbehaltlich sich aus der öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetzentwurf im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ergebender Änderungsanträge abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 138. Sitzung am 28. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat im Wege der schriftlichen Abstimmung nach § 72 der Geschäftsordnung am 1. September 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

* Die Beschlussempfehlung ist als Drucksache 16/13988 gesondert verteilt worden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat im Wege der schriftlichen Abstimmung am 6. August 2009 nach § 72 der Geschäftsordnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 111. Sitzung am 26. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Ausschuss Arbeit und Soziales** hat in seiner 131. Sitzung am 26. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 94. Sitzung am 26. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat am 26. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 94. Sitzung am 26. August 2009 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 abzulehnen.

III. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat am 20. August 2009 in schriftlicher Abstimmung gemäß § 72 der Geschäftsordnung beschlossen, zu der Vorlage auf Drucksache 16/13928 eine gemeinsame öffentliche Anhörung mit dem Ausschuss für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates durchzuführen. Die gemeinsame öffentliche Anhörung hat am 26. und 27. August 2009 stattgefunden. Neben dem Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 waren vier weitere Gesetzentwürfe auf den

Drucksachen 16/12923, 16/13924, 16/13925, 16/13926 Gegenstand der Anhörung.

Als Sachverständige haben an der Anhörung teilgenommen:

Prof. Dr. Armin von Bogdandy,
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

Prof. Dr. Christian Calliess,
Freie Universität zu Berlin

Prof. Dr. Andreas Fisahn,
Universität Bielefeld

Prof. Dr. Christian Hillgruber,
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. rer. Soz. Andreas Peter Mauerer,
Stiftung Wissenschaft und Politik

Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale),
Universität Bielefeld

Prof. Dr. Dietrich Murswiek,
Universität Freiburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingolf Pernice,
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Adelheid Puttler, LL.M.,
Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Matthias Ruffert,
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. jur. Schwarze,
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Prof. Dr. jur. Rudolf Streinz,
Ludwig-Maximilians-Universität München.

Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 90. Sitzung am 26./27. August 2009 sowie die Stellungnahmen der Sachverständigen hingewiesen.

Inhalte des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes, insbesondere die Abstimmung per Volksentscheid im Rahmen von Artikel 23 Absatz 1 des Grundgesetzes, die Verbindlichkeit von Stellungnahmen des Bundestages sowie die Einführung eines neuen Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht waren auch Gegenstand der öffentlichen Expertenanhörung am 26./27. August 2009.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13928 in seiner 91. Sitzung am 2. September 2009 abschließend ohne Aussprache beraten und empfahl, den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Berlin, den 7. September 2009

Michael Stübgen
Berichtersteller

Michael Roth (Heringen)
Berichtersteller

Markus Löning
Berichtersteller

Dr. Diether Dehm
Berichtersteller

Rainder Steenblock
Berichtersteller